

Berlin, den 15. März 2024

Antisemitismus in der Berliner Schule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ANTISEMITISMUS gibt es schon seit vielen Jahren in der Berliner Schule, in manchen Klassen/Kursen mehr, in manchen weniger, in anderen gar nicht.

Seit dem 7.10.2023 hat sich aber die Quantität und Qualität verändert.

Der Landesverband Berlin des VGD e.V. warnte schon seit vielen Jahren gegenüber Senbjf, den jeweiligen Senatorinnen und dem jeweiligen Fachverantwortlichen vor dieser Entwicklung.

Leider haben die offiziellen, staatlichen Stellen zwar erkannt, dass es Antisemitismus in der Berliner Schule gibt, haben aber weder proaktiv noch strukturell nachhaltig darauf reagiert.

Es gab ein großes freiwilliges Angebot an Fortbildungen zu diesem Thema, damit konnte der Antisemitismus an Berliner Schulen aber nicht proaktiv bekämpft werden – im Gegenteil er nahm stetig zu.

Der Paragraph 1 des SchulG verpflichtet ALLE in der Berliner Schule, aktiv und engagiert, sich dem Antisemitismus und nazistischen Tendenzen gegenüberzustellen.

FDGO und StGB¹ verpflichten zusätzlich dazu, den weit gefassten Rahmen der Meinungsfreiheit zu nutzen, um in einem multiperspektivischen Geschichtsunterricht, fakten- und argumentbasiert zu diskutieren.

Aber diese Diskussionen haben Grenzen:

¹ § 46 (2) nennt den ANTISEMITISMUS – „(2) Bei der Zumessung wägt das Gericht die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, gegeneinander ab. Dabei kommen namentlich in Betracht: die Beweggründe und die Ziele des Täters, besonders auch rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, geschlechtsspezifische, gegen die sexuelle Orientierung gerichtete oder sonstige menschenverachtende,“

Sie sind wertebasiert durch den Rahmen des Grundgesetzes (bspw. Art. 1 GG), sie sind nicht verhandelbar und sie sind nicht NEUTRAL.

Dies ist auch für Lehrerinnen und Lehrer sehr wichtig: der Beutelsbacher Konsens verpflichtet uns nicht zur NEUTRALITÄT, sondern zur aktiven Positionierung im Sinne der FDGO (vgl. https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Freiheitliche_demokratische_Grundordnung).

Dieser „materielle Rechtsstaat“ verpflichtet alle Lehrkräfte zu einem tätigen Eintreten für unser demokratisches Gemeinwesen und seine im GG niedergelegten Prinzipien: z.B. die Freiheitsrechte, den Pluralismus, die Rechtsgleichheit etc.

Dabei enthebt er alle Lehrkräfte vom sog. Demokratie-Paradox, d.h., durch die „Ewigkeitsklausel“ im GG, kann die Wertebasiertheit des GG in den Art. 1-20 nicht durch eine MEHRHEITSENTSCHEIDUNG verändert werden: Sie ist unverhandelbar, unveränderbar und - solange das GG gültig ist - endlos.

Deshalb muss allen totalitären, extremistischen und antidemokratischen Tendenzen von uns Lehrkräften konsequent entgegengetreten werden. ANTISEMITISMUS ist bspw. eine solche Haltung, die vom Grundgesetz und vom Berliner SchulG nicht legitimiert ist.

Der Paragraph 1 des Berliner SchulG formuliert dies so:

„Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln.

Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.“

ZIEL der Berliner Schule bedeutet, dass alle Menschen in der Berliner Schule, dieses Ziel haben müssen, sie müssen antitotalitär agieren, die Prinzipien der Demokratie proaktiv anwenden und verinnerlicht haben.

Dies gilt nicht nur für die Geschichtslehrkräfte, sondern für alle Lehrkräfte, für alle Schülerinnen und Schüler, für alle Mitarbeiter innerhalb der Berliner Schule.

Das BerlSchulG ist hier eindeutig („muss“), es lässt keine anderen Legitimationsquellen zu (bspw. den KORAN etc.).

Lehrkräfte müssen von ihrem Arbeitgeber verlangen, dass er sie bei ANTISEMITISMUS-Vorfällen nachhaltig, proaktiv und strukturell im Sinne des § 1 BerlSchulG und der FDGO unterstützt.

Dies geschieht schon seit Jahren nicht mehr!

Dies habe ich in meinem Artikel vom 22. Januar 2024 im TAGESSPIEGEL u.a. moniert (vgl. <https://static1.squarespace.com/static/52da8530e4b0cf7622f8e749/t/65ae600e0adc144116352dcc/1705926671740/TS-22-1-24-Stolz-Antisemitismus+in+Berliner+Schulen.jpeg> oder <https://epaper.tagesspiegel.de/article/f362d78b617e5085660cabd4f6e96324e058fae905cf5ab9c615b3f3d3f60437>):

„Die Berliner Schule ist bei der Antisemitismus-Prävention krachend gescheitert, ebenso die Berliner Schulverwaltung und die Berliner Bildungssenatorinnen. In Berliner Schulen wird schon lange nicht mehr der Paragraf 1 des Berliner Schulgesetzes gelebt und respektiert“

Über den Zustand der ANTISEMITISMUSDISKUSSION in BERLIN geben viele aktuelle Artikel Auskunft.

Hier eine Auswahl dazu zur Vorbereitung oder zum Einsatz im GESCHICHTS- oder POLITIKUNTERRICHT. Die Auswahl ist nicht MULTIPERSPEKTIVISCH, da ANTISEMITISMUS nicht multiperspektivisch behandelt werden kann („materieller Rechtsstaat“, FDGO ...), es würde ja auch niemand eine Urteilsfrage stellen:

„Auschwitz – Fluch oder Segen?“

- <https://www.tagesspiegel.de/kultur/antisemitismus-an-berliner-unis-wie-judische-studierende-allein-gelassen-werden-11297644.html>
- <https://taz.de/Antisemitismusvorwuerfe-auf-der-Berlinale/!5995673/>
- <https://www.welt.de/vermishtes/kriminalitaet/article250196680/Wiesbaden-Schueler-applaudieren-im-Kino-fuer-Ermordung-von-Juden.html>
- <https://www.fr.de/frankfurt/beleidigt-juedische-museumsdirektorin-aus-frankfurt-in-berlin-92832002.html>
- <https://www.zeit.de/news/2024-02/16/fu-mitglieder-kritisieren-debatte-ueber-gazakrieg>

- <https://www.zeit.de/2024/08/hochschulen-gaza-krieg-politischer-konflikt-eskalatin>
- <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-angriff-auf-fu-studenten-berliner-senat-will-exmatrikulation-von-straftatern-ermoglichen-11205058.html>
- <https://taz.de/Proteste-bei-Lesung-im-Hamburger-Bahnhof/!5988864/>
- <https://www.zeit.de/news/2024-02/11/demonstration-puren-hasses-arendt-lesung-abgebrochen>
- <https://taz.de/Anti-israelischer-Tumult-an-Berliner-Uni/!5991355/>
- <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ns-parole-an-berliner-u-bahnhof-in-charlottenburg-geschmiert-11348506.html>
- <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/03/interview-philipp-peymann-engel-antisemitismus-judentum-berlinale.htm/alt=amp.html>
- <https://www.dtv.de/buch/deutsche-lebensluegen-28414>
- <https://www.book2look.com/vBook.aspx?id=9783423284141>

„Es ist eine Lebenslüge, dass dieses Land, das wie kein anderes Schuld auf sich geladen hat, dem Antisemitismus ein für alle Mal abgeschworen hat. Die viel zitierte Wiedergutwerdung: Die Reaktionen auf den 7. Oktober haben endgültig gezeigt, dass dies eine deutsche Lebenslüge ist. Wer in Sonntagsreden »Nie wieder!« und »Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz« fordert, politische Konsequenzen aber meidet, der hat in Wahrheit zum Antisemitismus in Deutschland geschwiegen. Doch über diesen Antisemitismus in Deutschland muss endlich offen gesprochen werden. »Nicht alle gesellschaftlichen Konflikte, die durch Migration erzeugt werden, haben etwas mit Diskriminierung oder Rassismus zu tun. Sie zu verleugnen, wäre der wahre Affront auch gegenüber dem Großteil der friedlichen in Deutschland lebenden Muslime«, stellte Zentralratspräsident Josef Schuster unlängst fest. ... Der Antisemitismus indes kommt eben nicht nur von rechts und aus der Mitte der Gesellschaft, sondern auch und besonders aggressiv aus der muslimischen und der vermeintlich links-progressiven Community. Davon handelt dieses Buch.“

(Philipp Peyman Engel: **Deutsche Lebenslügen. Der Antisemitismus, wieder und immer noch.** München: dtv, 2024, Seite 11f.)